

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 43

Er erscheint jeden Sonntag.
Abonnementpreis: Mk. 1.— für 6 Quartalsjahre.
Su beziehen durch alle Postanstalten.

Gotha, 27. Oktober 1918
(Telephon: Nr. 174)

3 Bände kosten 50 Pfg. die einseitige Beilage.
Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellen-
vermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

32. Jahrg.

Inhaltsverzeichnis.

Die Arbeitslosigkeit im 3. Quartal 1918. — Der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie. — Der erste große Schuhstreik in der Schweiz — Sitzung der Schlichtungskommission des Reichsarbeitsvertrags für Stoffschuhwert in Gießen. — Entscheidung der Schlichtungskommission des Reichsarbeitsvertrags für Stoffschuhwert in Dresden. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Schäden durch Vorgesetzte — Zur Reform des bebauten Gebietes. — Finsternis. — Verbandsschriften. — Zentral-Franken- u. Sterbekasse der Schuhmacher Deutschlands. — Literarisches. — Vereinfachen.

Die Arbeitslosigkeit im 3. Quartal 1918.

Ueber die Arbeitslosigkeit im 3. Quartal 1918 befragen 165 Zahlstellen mit 21 180 Mitgliedern. Aus 5 Orten mit 532 männlichen und 386 weiblichen (zusammen 918) Mitgliedern gingen trotz Mahnung die Berichte nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht ein. Unter Hinzurechnung der Einzelmitglieder der Hauptklasse und der Bezirke ergibt sich eine Mitgliederzahl von 2314 Mitgliedern. Eine Steigerung der Mitgliederzahl gegenüber dem 2. Quartal 1918 um 774.

Seit Kriegsbeginn ist noch ein Mitgliederverlust von 2206 oder 48,7 Prozent. Die zum Heeresdienst Einberufenen sind in diesem Verlust einbezogen.

Gegenüber dem 3. Quartal 1917 haben wir eine Mitgliederzunahme von 5075 Mitgliedern. Seit dem 3. Quartal 1917 ist die Aufwärtsbewegung im Mitgliederbestand wieder eine dauernde, die sich in der Hauptsache vom 1. zum 2. Quartal 1918 besonders hervorhebt. Die Zunahme vom 2. zum 3. Quartal 1918 mit nur 774 Mitgliedern befriedigt gegenüber dem Vorquartal durchaus nicht.

Am letzten Arbeitstage der 13. Quartalswoche beendeten sich 126 arbeitslose Mitglieder am Ort und 2 auf der Durchreise. Am Schlusse der 8. Quartalswoche beendeten sich 72 arbeitslose Mitglieder am Ort, auf der Durchreise keine. Am Schlusse der 4. Quartalswoche beendeten sich 131 arbeitslose Mitglieder am Ort und 1 Mitglied auf der Durchreise.

Auf je 100 Mitglieder entfallen demnach am Schlusse der 4. Quartalswoche 0,6 Prozent, am Schlusse der 8. Quartalswoche 0,3 Prozent und am Schlusse der 13. Quartalswoche 0,6 Prozent. Arbeitslose am Ort waren im Laufe des Quartals 107 männliche und 247 weibliche (zusammen 354) Mitglieder.

Die an den Stichtagen ermittelte Zahl der Arbeitslosen am Ort verteilt sich auf 29 männliche und 102 weibliche Mitglieder am Schlusse der 4. Quartalswoche, auf 10 männliche und 62 weibliche Mitglieder am Schlusse der 8. Quartalswoche und auf 14 männliche und 112 weibliche Mitglieder am Schlusse der 13. Quartalswoche.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen-Lage im 3. Quartal 1918 betrug 5154.

An männliche Mitglieder kam in 36 Fällen für 422 Tage der Betrag von 598.— Mk., an weibliche Mitglieder in 145 Fällen für 1756 Tage der Betrag von 1570,65 Mk. zur Auszahlung.

Reiseunterstützung erhielten 4 männliche und 2 weibliche Mitglieder für 27 Tage 27.— Mk.

Die Gesamtsumme an Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, welche im 3. Quartal 1918 zur Auszahlung gelangte, beträgt 2195,65 Mk.

Nicht — oder nicht rechtzeitig — berichtet haben die Zahlstellen: Bernau, Barmen, Dortmund, Düsseldorf, Elberfeld, Freiburg i. B., Gemünd-Schm., Kirchheimbolanden, Kaila, Oßersleben, Offenbach, Rostock, Sangerhausen, Stollberg (Ergeb.) und Wiesbaden. Streipporto für nicht genügend frankierte Karten mußte in 13 Fällen bezahlt werden. Die Orte sind: Mühlhausen, Friedenhausen, Werra, Gückstadt, Roruesch-

helm, Kronach, Reustadt D.-Schl., Nordhausen, Pegau, Pösch, Reulitz-in Siebenlehn und Solingen. Die Anzahl der Streiportos würde noch größer sein, wenn nicht die Post bei dem Uebergang zum neuen Portotarif Rücksicht geübt hätte.

Der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie.

Nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ verzeichneten im Monat August die berichterstattenden Arbeitsnachweise für die Schuhindustrie 600 (Juli 561) Arbeitssuchende, 2037 (2133) offene und 446 (392) besetzte Stellen. Der Vergleich der Zahlen ergibt eine Zunahme der Arbeitssuchenden und der besetzten Stellen, dagegen eine Abnahme der offenen Stellen. Auf 100 offene Stellen kamen 29,4 Arbeitssuchende gegen 26,3 im Monat Juli. Die gesamten Zahlen sind unbedeutend und auch die Abweichungen der Augustangaben gegenüber der Juliangaben.

In den größeren Einzelstaaten gestaltete sich der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie so:

	Arbeit- suchende	Offene Stellen	Besetzte Stellen
Preußen	312 (292)	940 (1018)	244 (211)
Bayern	184 (128)	477 (442)	83 (78)
Sachsen	19 (16)	85 (79)	12 (6)
Württemberg	88 (81)	143 (133)	24 (19)
Hessen	80 (23)	112 (117)	25 (23)
Baden	23 (17)	91 (101)	17 (16)
Hamburg	23 (9)	24 (45)	8 (9)
Elb-Lothringen	14 (13)	81 (93)	10 (13)

In den Berichten der Industrie wird über die Geschäftslage der Schuhindustrie gesagt: „In den Schuhfabriken sind gegen dem Vormonat keine wesentlichen Änderungen zu verzeichnen. Reist wird der Geschäftsgang als gut bezeichnet, trotzdem infolge Fehlens der Facharbeiter nicht alle Aufträge rechtzeitig ausgeführt werden können. Lohnerhöhungen fanden auch hier wiederholt statt.“

Gegenüber dem geradezu verzweifenden Mangel an Schuhmachern ist von besonderem Interesse die Partie im Bericht des Verbandes Thüringischer Arbeitsnachweise: „Im Bekleidungs-gewerbe überwiegt die Nachfrage nach Schuhmachern und Schneidern noch stark, trotzdem sich das Angebot arbeitssuchender Schuhmacher auffallend gehoben hat. Die Vermittlung weiblicher Arbeitskräfte hat nachgelassen.“

Im Gegenstoß dazu wird aus dem Rheinland berichtet: „Im Bekleidungs-gewerbe hielt die Nachfrage nach Schuhmachern auch im Monat August an, ohne daß genügend Facharbeiter hätten gestellt werden können.“ Und ebenso wird aus München berichtet, daß der Mangel an gelerntem gewerblichen Arbeitern sich besonders im Schuhmachergewerbe bemerkbar macht, indem einer starken Nachfrage nur ein ganz verschwindendes Angebot gegenübersteht.

Vom Ausland liegen Mitteilungen aus Holland und England vor. Aus ersterem wird berichtet, daß die Schuh- und Stiefelindustrie in einer großen Anzahl von Betrieben in beschränkter Arbeitszeit arbeitete. In der englischen Schuh- und Stiefelindustrie waren die Beschäftigungsverhältnisse im ganzen gut, obgleich in einzelnen Bezirken eine Abschwächung hervortrat.

Die schweizerische Schuhindustrie ist nach wie vor gut beschäftigt und die Firma Bally in Schönenwerd hat in den Kantonen Solothurn und Tessin größere Landankäufe gemacht, angeblich zur landwirtschaftlichen Produktion für ihre Arbeiterschaft, wahrscheinlich aber, um später dort neue Schuhfabriken zu errichten.

Der erste große Schuhmacherstreik in der Schweiz.

Ungefähr 2 1/2 Stunden von Zürich entfernt ist eine der größten schweizerischen Schuhfabriken, die der Firma Walder-Lippenzeller u. Söhne in Brüttlingen, die über 760 Personen beschäftigt. Jahrelang zählte die dortige Sektion des Schweizer Lederarbeiterverbandes noch keine 100 Mitglieder, umfaßte also nur einen kleinen Teil der gesamten Arbeiterschaft. Aber diese kleine Organisation holte in Friedenszeiten manche Verbesserungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse heraus, auch für die Unorganisierten, die gerade darum der Organisation sich nicht anschlossen, weil diese mit dem höchsten Idealismus auch für sie, wenn auch nicht die göttliche, so doch die gewerkschaftliche Vorführung spielte, sie also immer den Nutzen ohne die Opfer der Beiträge hatten. Während der Kriegszeit sollten aber erhebliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeigeführt werden und dazu brauchte man auch eine stärkere Organisation. So stieg die Mitgliederzahl der Sektion Brüttlingen bis im Frühjahr 1918 auf ca. 400 und da wurde nun ein großer Anlauf gemacht mit der Forderung einer 40-prozentigen Lohnerhöhung, an deren Durchsetzung natürlich nicht im Ernste gedacht werden konnte. Es wurde die Kollektivkündigung eingereicht und dann eine 10-prozentige Erhöhung der Stunden-, sowie 5-prozentige Erhöhung der Akkordlöhne, ferner die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 59 auf 54 Stunden errungen.

Mit diesen bescheidenen Lohnerhöhungen, wozu allerdings noch Erhöhung der Teuerungszulagen kam, so daß die gesamte Verbesserung der Lohnverhältnisse etwa 15 Prozent ausmachte, war die Arbeiterschaft nicht zufrieden und anfangs September stellte sie nun neuerliche Forderungen auf 20-prozentige Erhöhung der Stunden-, 15-prozentige Erhöhung der Akkordlöhne. Da die Firma die Erledigung der Forderungen in die Länge ziehen wollte, stellte die Arbeiterschaft bis auf drei Duzend fromme Setztierinnen die Arbeit ein. In der zweiten Streikwoche streikten aber auch sie mit, desgleichen feierten die Meister und stand so der ganze Betrieb still. Schließlich wurden 15 und 10 Prozent bewilligt und die Arbeiterschaft gab sich damit für einmal zufrieden.

Da fiel es der Firma ein, am zweiten Tage nach der Wiederaufnahme der Arbeit in einem in der Fabrik angebrachten Anschlag von „Lohnaufschlägen“ statt den vereinbarten Lohnerhöhungen zu sprechen und da sie auf Verlangen der Streikkommission die Korrektur nicht vornahm, war der zweite Streik da. Er wurde dann vor dem Einigungsamt in der Weise erledigt, daß die Neujahr die sämtlichen Stundenlöhne und Akkordlöhne mit den 25 Prozent und 15 Prozent umgerechnet werden, was eine entsprechende dauernde Hebung des Lohnniveaus bedeutet.

So hatte man in Brüttlingen rasch hintereinander zwei Streiks von zusammen dreiwöchiger Dauer, die mit geradezu wunderbarer Ruhe, Disziplin und Solidarität durchgeführt wurden. Zu dem materiellen Erfolg gesellte sich der ideale in Form der Stärkung des Klassenbewußtseins, der höheren eigenen Wertschätzung und des Vertrauens in die eigene Kraft. Ferner lernten die 600 Streikenden den gesundheitslichen und idealen hohen Wert der Ferien kennen, für die die beiden Streiks die besten Propagandisten waren. Von höchster Bedeutung ist der organisatorische Erfolg. Mit 350 Mitgliedern trat die Sektion in den Streik, mit 600 Mitgliedern trat sie aus dem Streik, womit sie nun eine geschlossene gewerkschaftliche Betriebsorganisation darstellt. Es bietet die Garantie für die Erhaltung der

erzählten Erfahrungen... Gewähr für zukünftige weitere Verbesserungen, Erfolge und Fortschritte.

Und alles das ist der unangenehm salbigen Taktik der beiden Parteien zu verdanken, die sich keine Mühe geben, die Psychologie ihrer Arbeiter kennen zu lernen, die in der Organisationsform der Art der Kriegszeit nicht nur vor keinem Einschlusse, vor keinem entlassenen Rechte zurückweichen. Aus den beiden Streifen sollen nur die juristischen Schutzbrillen etwas können, sondern alle Interne. Die Jellen des trockenen Spiels um der sozial erwachsen und entschlossenen Arbeitergeist sind vorüber und werden hoffentlich niemals wieder!

Sitzung der Schlichtungskommission des Reichsarbeitsvertrages für Zibischuwerk in Burg bei Magdeburg vom 12. September 1918.

- Anwesend:
1. Unparteiischer Vorsitzender: Herr Gewerbeinspektor Haars, Burg b. M.
 2. Arbeitgebervertreter: Herr Otto Preßlich, i. Fa. Ernst Preßlich, Weisenfels a. S.
 3. Herr Emil Haner, i. Fa. Schreiber u. Honer, Mühlhausen i. Thür.
 4. Herr Viktor Horn, i. Fa. Debermann u. Hönen, Burg b. M.
 5. 3 Arbeitnehmer-Vertreter: Herr Wilhelm Weg, Generalsekretär der Deutschen Schuhmacher und Lederarbeiter (H. D.), Burg b. M.; Herr Emil Scher, Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (freie Gewerkschaft), Herr E. Krenker, Zentralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands, Frankfurt a. M.
 6. Herr Stadtrat Alfred Jureig, Burg b. M.
 7. Herr Dr. Fr. Horn, Schriftführer.

1. Verhandlung über die Streitigkeit des Arbeiterausschusses der Firma A. Arland gegen die Firma A. Arland, Weisenfels.

Von den Parteien: Für den Arbeiterausschuss der Firma A. Arland der Gewerkschaftsbeamte Herr Carbowitz (christliche Sozialdemokratie) und Herr die Firma A. Arland Herr Jörg Arland, i. Fa. A. Arland, Weisenfels a. S.

Der dem Streit zu Grunde liegende Sachverhalt wird von dem Vorsitzenden aus den Akten und durch die beiden Parteien vorgelesen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird schriftlich ein Vergleich geschlossen dahingehend, daß die Firma Arland für die Stunden von 3^{1/2} Tagen vom 22. bis 25. Mai 1918 die Hälfte der Summe an die damals feiernden Arbeiter nachbezahlt, welche auf Grund einer angenommenen vollen Arbeitszeit von 74 Stunden pro Woche für den vorhergehenden Monat als Durchschnittsverdienst festgestellt ist. Die Hinterzusage ist bei der Berechnung des Durchschnittsverdienstes abzuziehen und zu der ermittelten Summe voll zu zahlen. Die Restloshaltung erhalten für ihre damalige Arbeit einen Stundenlohn von 60 Pfg. plus Teuerungszulage. Die dadurch entstehende Differenz wird von der Firma A. Arland nachbezahlt.

2. Verhandlung über die Streitigkeit des Arbeiters Friedrich Karste mit der Firma Conrad Lack u. Cie., A.-G., Burg b. M.

Von den Parteien: Bei Anruf der Klagefache erschien von den Parteien niemand. Es wurde festgestellt, daß der Arbeiter Friedrich Karste inzwischen zum Militärdienst eingezogen worden ist.

Vorschlag: Die Klagefahne wird vertagt.

Herrn Haner eine Anfrage der Fa. Albert Frische, Halle a. S., vor, wegen Zahlung an die Arbeitnehmer während einer Kesselreinigung. Es soll der Fa. Frische geschrieben werden, daß nach Ansicht der Kommission folgende Rechtslage besteht:

Auf Grund des § 12 Reichsarbeitsvertrag ist eine Entschädigung an die Arbeiter zu zahlen, bei Betriebsstörungen sowohl solche vom Arbeitgeber verschuldet sind. Bei einer Kesselreinigung handelt es sich also darum, ob die Betriebsstörung ein Verschulden ist, das der Arbeitgeber zu vertreten hat oder nicht. Die Kesselreinigung ist demnach sicher als unverschuldet zu betrachten, wenn sie auf Grund der gesetzlichen Vorschriften über die Kesselreinigung vorgenommen wird. Die Fristen hierfür sind je nach der Art der Kessel verschieden und betragen 2 und 4 Wochen. Bei Kesselreinigungen nach Maß der gesetzlichen angeordneten Vorschriften kann der Arbeiter eine Entschädigung zu empfangen.

Der demnach nach die Frage aufgeworfen über die Bezahlung der Hinterzusage nach § 8. Herr

...weil weiß voraus, daß eine Frau, welche 11 Wochen lang krank war, und dann wieder in ihrem alten Betrieb eingestellt wurde, nach 6 Wochen die Papiere zugestellt bekam und von da ab die Kinderzulage nicht mehr erhielt. Gegen dieses Verfahren ist gesetzlich nichts einzuwenden. Es wird den Arbeitnehmerverbänden überlassen, ob sie bei der Zentraltarif-Kommission irgend welche Anträge stellen wollen.

Burg b. M., den 16. September 1918.
Dr. Fr. Horn, Schriftführer.
Haars, Königl. Gewerbeinspektor, Vorsitzender.

Entscheidung

der Schlichtungskommission des Reichsarbeitsvertrages für Zibischuwerk, Bezirk III, Dresden.

In der Klage des Arbeiterausschusses der Firma Hermann A. Preuß in Weissen gegen diese Firma wegen Errechnung der Grundlohn nach den Bestimmungen des § 6a (Wohnverdienst des Reichsarbeitsvertrages für Zibischuwerk, Bezirk III, Dresden, in der Sitzung am 15. September 1918, an welcher teilgenommen haben:

- die Herren
Dr. Schinemann, als Vorsitzender,
Konrad Hammer-Dresden, Schön-Waldheim, Treibmann-Dresden als Arbeitgebervertreter,
Kochy-Weisenfels, Jahn-Groißsch als Arbeitnehmervertreter,
Dresler-Meiß und Bezirksleiter Weisse-Dresden als Vertreter des Klägers,
Protarist Janetz und Betriebsleiter Haubold als Vertreter der Beklagten

folgende Entscheidung

gefaßt:

1. In Anbetracht der während November 1917 bis Januar 1918 bei der Firma Hermann A. Preuß bestehenden 51stündigen Arbeitszeit ist die Berechnung nach § 6a Absatz 2, so der Aufforderung der Kommission in § 6a Absatz 1 entspricht in der Weise zu treffen, daß nach dem in den Monaten November 1917 bis Januar 1918 bei der 51stündigen Arbeitszeit von den mit der betreffenden Arbeit vorwiegend beschäftigten Arbeitern tatsächlich erzielte Mitteldienst durch Zurückgehen auf das Durchschnittsergebnis für die Stunde zu berechnen ist, wie hoch der Verdienst bei 44stündiger Arbeitszeit hätte sein können.

2. Können bei Arbeitern aus irgendwelchen Gründen Ausfallstunden vor, so sind diese Arbeiter bei der Berechnung des Durchschnittsverdienstes nach § 6a Absatz 2 auszuscheiden. Vorher nach dem Auscheiden der betreffenden Personen nicht mehr die Möglichkeit der Berechnung nach § 6a Absatz 2 besteht, so ist bei den Personen, die eine solche an Arbeitszeit haben, der in den Monaten November 1917 bis Januar 1918 tatsächlich erzielte Mitteldienst durch die Zahl der tatsächlich gearbeiteten Arbeitsstunden zu dividieren und danach der Wohnverdienst für normale Arbeitszeit zu berechnen.

Tatbestand: Bei der Firma Hermann A. Preuß in Weissen wurde in den Monaten November 1917 bis Januar 1918 und auch schon längere Zeit zuvor 51 Stunden wöchentlich gearbeitet. Nach § 6a Absatz 2 des Reichsarbeitsvertrages ist der in den Monaten November 1917 bis Januar 1918 erzielte Durchschnitts-Mitteldienst aller mit der betreffenden Arbeit vorwiegend beschäftigten Arbeiter maßgebend für die Berechnung der Mitteldienstes.

Die beklagte Firma berechnet nun den Durchschnitts-Mitteldienst, indem sie den von den betreffenden Arbeitern in den Monaten November 1917 bis Januar 1918 tatsächlich erzielten Verdienst durch die Zahl der tatsächlich Arbeitsstunden teilt und aus diesem auf die Stunde berechneten Durchschnittsverdienst durch Multiplizieren mit 51 einen Wochen-Mitteldienst für die — nach ihrer Ansicht normale — 51stündige Arbeitszeit berechnet.

Der Kläger fordert dagegen, daß er in vollen Arbeitswochen vom November 1917 bis Januar 1918 erzielte Mitteldienst nur durch die Zahl der Arbeitswochen dividiert und so der tatsächliche Wochenverdienst ermittelt wird, welcher dem nach § 5 und f in Zukunft zu zahlenden Mindest-Wochenverdienst gegenübergestellt ist.

Gegen diese Entscheidung der Schlichtungskommission wurde bei der Zentralarbeitskommission Berufung eingelegt.

Gewerkschaftliche Rundschau

Der Ausschuss der gewerkschaftlichen Organisationen

Nach der jüngsten der von der Generalkommission jährlich vorgenommenen Erhebungen zählten die angeschlossenen Zentralverbände, ohne die Verbände der Chorländer und Deutschen Eisenbahnen am Schlusse des 2. Vierteljahres zusammen 1.366 Mitglieder, darunter 362.617 weibliche, gegen 1.336 am Ende des vorigen Vierteljahres. Es vermehrte die Mitgliederzahl seit dem 31. März um 23.280 seit Ende des Jahres 1917 um 105.085. Gegenüber dem Bestande am Schlusse des zweiten Vierteljahres 1913 ist noch ein Verlust von 1.148.788 gleich 83 Prozent zu verzeichnen. Arbeitslos waren Ende 1913 2463 männliche gleich 0,2 Prozent, 6410 weibliche gleich 2,4 Prozent, zusammen 10.873 Mitglieder gleich 0,8 Prozent. Seit Beginn des Krieges vorausgegangen Zentralverbände für Unterhaltungen zusammen 78.125.203 Mt., davon für Arbeitslosenunterstützung 25.662.017 Mt. und für Unterhaltung an Familien von Kriegsteilnehmern 26.662.017 Mt.

Die christlichen Gewerkschaften können für das Jahr 1917 eine erhebliche Zunahme buchen. Die Zahl ihrer Anhänger stieg von 178.900 im Jahre 1916 auf 293.187 am Ende des letzten Berichtsjahres; das bedeutet eine Zunahme von 64 Prozent. Es wird berichtet der Ausschuss in der Mitgliederbewegung im laufenden Jahr angefallen habe, so daß jetzt mit als 370.000 Mitglieder vorhanden seien. Die Gesamteinnahmen stiegen von 3.201.432 Mt. im Jahre 1916 auf 4.720.202 Mt. im letzten Jahre. Das Gesamtvermögen betrug am Ende 1917 9.902.536 Mt. gegenüber 8.800.236 Mt. im Vorjahre.

Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften haben gegenüber dem Ende des Jahres 1917 wieder einen Aufstieg ihrer Mitgliederzahl zu verzeichnen. Im Jahre 1916 waren 57.766 Mitglieder vorhanden, Ende 1916 dagegen 79.113; das ist eine Zunahme von 21 1/2 Prozent. Dieser Verband allein ist an der Gesamtmitgliederzunahme von 21.547 mit 19,8 Prozent beteiligt, so daß die übrigen 16 Gewerkschaften nur noch ein Mehr von 1459 erzielten. Bei 9 Verbänden ist ein Mitgliederanstieg vorhanden. Demnach betraf sich auch der Gesamtverband der Schuhmacher und Lederarbeiter von 279 Mitgliedern die er 1916 hatte. 1917 auf 300 gestiegen ist ein Verlust von 130 Mitgliedern erfolgt.

Das internationale Steinarbeitersekretariat

mit Sitz in Paris, berichtet (oben Seite 8) Jahresbericht für die Zeit vom 1. Juli 1917 bis 30. Juni 1918, nach dem in der Berichtsperiode die Steinarbeiterbewegung in den dem Sekretariat angeschlossenen Ländern die neue Bewegung ergriffen hat. Dieser sind nur von den folgenden Ländern zu erwähnen, aber die weitere Entwicklung konnte nicht werden und nach dem Bericht der Sekretariat des Gewerkschaftsverbandes von 3.4 in 1917 auf 1.00 in 1918, was holländischen Gewerkschaften von 213 auf 200, das österreichischen von 13 auf 130. Die mangelhafte Berichterstattung der Verbände wird auf die schlechte Praxis der ausländischen Sekretariate zurückgeführt, die die Korrespondenz der Gewerkschaften entweder gar nicht oder nur mit langer Verzögerung liefert und alle bezüglichen Besprechungen an diesen unbefriedigenden Zuständen nicht. In vielen Fällen vermittelte der Sekretär Genosse die Privatkorrespondenzen mit Angehörigen in Kriegsjahren Ländern und ebenso mußte er sich häufig für Militärinternierte und Deserteure in der Schweiz verwenden. Als Beweis für die großen Schwierigkeiten des internationalen Verkehrs wird angeführt, daß Einladungen zu Konferenzen und Kongressen in der Schweiz oder in anderen Ländern von der Zensur stets bis zum Verfall des Konferenztermins zurückgehalten wurden, der Zeitungsaustritt vollzieht sich ebenfalls ungenügend und mit Verzögerungen. So hat die französische Zensur alle deutsch geschriebenen Gewerkschaftsblätter und zeitweise sogar die Vierteljahrsberichte in Wallach zurückgehalten und deren Herausgabe verweigert, so daß das Sekretariat deren Expedition eingestellt hat. Ähnlich stellt die gleiche französische Zensurbehörde nach Monaten die französischen Gewerkschaftsblätter zur Weiterpublikation.

In allen Ländern haben auch die Steinarbeiter Lohnbewegungen erfolgreich durchgeführt und Lohnsteigerungen oder Teuerungszulagen oder auch beides und ebenso Arbeitszeitverlängerungen erreicht. Korrespondenzen der Sekretär 473 im letzten Zustand. Die schlechte Baluta führte zum Teil zu gänzlicher Einstellung von Geldsendungen im letzten

...Bericht...
...Ergebnis...
...Schaden...
...Vorgefetzte...
...W. G. Ballrein...
...Nachdruck...
...jeden Betrieb...
...Fabrikation...
...Lohn...
...11632 Fr...
...Fr. ergibt...
...Der Sekretär...
...am Schluß...
...Kriegsbericht...
...sein mögel

Schäden durch Vorgefetzte.

Von W. G. Ballrein, Leipzig-Schö.

Nachdruck, auch teilweise verboten.

Jeden Betrieb, ob nun Lebensgeschäft, Werk-
fabrikation gehört es zur Lebensfrage, die zu-
mächst über geeignete Vorgefetzte verfügt, die zu-
sammen mit dem größten Geschäftsinteresse dem Ar-
beiter mit aller ihren Fähigkeiten, Kenntnissen und
Kräften getreu zur Seite stehen und die gleich-
zeitig in derselben Weise mit den ihnen unterstellten
Arbeitskräften umzugehen wissen und aus ihnen wiederum
eine Stufen für den Betrieb herauszubilden ver-
mögen. Der genialste Feldherr kann keine entscheidende
Schlagen, wenn er keine tüchtigen Führer hat,
andereverflets verstanden, sich tüchtige Soldaten
im gemeinsamen Zweck heranzubilden. Das
gilt für den Geschäfts- und Fabrikbetrieb mit
Geschäftsführern und Wertmeistern und diesen
mit ihren Hilfskräften. Mancher tüchtige Ar-
beiter Handlungsgehilfe, dem es durch irgend
Umstände glückte, sich selbstständig zu machen,
sehr bald einsehen, daß er wohl ein sehr ge-
eignetes war, aber noch lange kein Geschäftsführer
gibt es vielen, die als Vorgefetzte ihrer Firma
arbeiten als nützlich, da sie absolut keine Fähig-
keiten, die ihnen anvertrauten Untergebenen
ma zu Nutz und Frommen zu behandeln, jede
Kraft nach ihrem jeweiligen Können an den
Arbeitsstellen, wo sie sich auch entfalten und für den
Betrieb die höchste Leistungsfähigkeit zu ent-
wickeln vermögen. Aber auch die Seele des Angestell-
ten ein Vorgefetzter zu erfassen versteht. Mit
Tatkraft und Verdiensten, oder gar verschüchterten
Arbeitskräften ist doch nichts zu machen, die Können dem
Arbeiter doch keine Höchstleistung geben.

Man gute Reden sie begleiten. Dann fließt die Ar-
beit fort, sagt schon Schiller. Auch er will
bedeuten, daß nur ein gutes Verhältnis zwischen
Arbeiter und Angestellten, zwischen Wertmeister
Arbeiter auf die Arbeit fördernd wirken kann.
Vorgefetzte, die am Aften hängen und gegen
Arbeiter sich verschließen, aufstrebende Ange-
stellte Angst vor deren Lässigkeit das Leben so
schwer machen, daß diese dem Geschäft bald den Rücken
wenden und ihre neuen Ideen und ihre Kräfte der Kon-
kurrenz zuführen. Die denn etwas aus ihnen macht.
Nun der Chef selbst ein wachsam Auge auf
den genannten rechten Hände haben, hat er doch
das Interesse, daß alles in seinem Betriebe
selbst das Gesetz verlangt vom Arbeitgeber
eine Haftpflicht, daß wirklich geeignete ver-
antwortliche Vorgefetzte angeheilt sind, worüber
gegebenenfalls Nachweis zu führen ist. Täg-
lich ist es doch die Gerichtsverhandlungen, wie
Geschäftsinhaber und Handwerksmeister zu
schließen Schäden kommen, wenn sie ungeeignete
Arbeiter eingestellt haben. Ein Beispiel: In einer
Fabrik war eine Kiste mit Rohstoffen nicht gleich bei
Anfang auf den Inhalt mit der beigefügten Nota
abgegeben worden, man brauchte gerade das Material
einige Tage später und so blieb eben die Kiste un-
genutzt stehen. Später stellte sich aber heraus, daß
eine sehr bedeutende Differenz in der Stückzahl der
abgegebenen Stoffe bestand, da jedoch die Reklamations-
frist abgelaufen war, half selbst ein Prozeß nichts und
falls ungünstig ausfällt einen ansehnlichen pekuniären Verlust.
Der Wertmeister hatte es verbummelt, ihm
hat die Schuld zuzuschreiben. Dies ist aber nur
ein kleines, kleines Beispiel, von den täglich sich wie-
derholen Fällen aus Bureau und Werkstatt. Es
sind Millionen von Schäden zu verzeichnen,
wenn eingeschränkt werden könnten, bei stren-
ger Überwachung der Vorgefetzten, die viel zu viel
überlassen werden und oft genug schalten und
walten ohne jemals auf irgend eine Art kontrolliert
zu werden. Da man hat geradezu berüchtigte Vorge-
fetzte unter den Angestellten hinreichend bekannt
sind, daß die betreffende Firma Not hat, gute Ar-
beiter bekommen. Aber wohl allemert merkt die Ge-
sellschaft erst dann etwas, wenn es zu spät, und
dann, wie man zu sagen pflegt, verfahren ist. Ge-

...kommenden Zeiten werden Höchstleistungen in
...Branchen fordern und es dürfte wohl am Platze
...sein, schon in der Uebergangszeit sich der obigen War-
...nung wegzulassen anzunehmen.

Zur Reform des bebauten Gebietes.

Die Aufmerksamkeit auf dem Gebiete des Woh-
nungswezens ist zurzeit fast ausschließlich auf die Schaf-
fung neuer Wohnungen und neuer besserer Siedlungen
überhaupt gerichtet, aber darüber sollte doch die Re-
form des bisher bereits bebauten Gebietes nicht ver-
nachlässigt werden. Noch auf viele Jahre hinaus wird
die Hauptmasse der Bevölkerung doch in diesem unter-
kommen müssen, und wie dringend unsere Massenquar-
tiere in den großen Mietskasernen und auch in allen
schlechten kleineren Häusern im Innern zahlreicher un-
serer Städte der Reform bedürftig, braucht nicht weiter
ausinandergesetzt zu werden. Andererseits ist aber die
jetzige Zeit gewaltiger Umwälzungen der Einwirkung
größerer Umänderungen auch auf diesem Gebiete gün-
stig, und es kommt hinzu, daß, wenn etwa die Mieten
auch weiter noch in empfindlicher Weise steigen sollten,
sich damit eine Quelle eröffnen würde, die man teuer-
lich wohl zur Beschaffung von Mitteln für eine große
Reform des bebauten Gebietes ausnutzen könnte. Da
irrt es sich gänzlich, daß uns gerade jetzt in einer Schrift
von Herrn Georg Heyer „Soziale Wohnungsreform“
Bundtammer u. Wählbrecht, 320 M.), die Arbeit ge-
schenkt worden ist, die auch für das bebauten Gebiet ein
großzügiges und wohlüberdachtes System von Re-
formmaßnahmen vorschlägt, das um so bemerkenswerter
ist, als es von einem Praktiker ausgeht, der sich im
Bauwesen in Groß-Berlin selber erfolgreich praktisch
betätigt hat, und die Leiden und Freuden des Hausbe-
sitzers aus eigener reicher Erfahrung kennt. Ohne uns
diese Vorschläge ohne weiteres zu eigen machen zu
wollen, darf doch nach ihnen gesagt werden, daß not-
wendig vor allem erscheinen die Beseitigung der Ueber-
schuldung des Hausbesitzers, die Umwandlung möglichst
aller Hypotheken des jüdischen Hausbesitzers in un-
lösbare Tilgungshypotheken und besonders — auf dem
Wege einer allmähigen Tilgung — die Abschreibung
eines großen Teils der jetzigen überwerteten Boden-
werte des bebauten Grundbesitzes und der Gebäude-
werte. Hierdurch würde dann der Weg wirtschaftlich
geebnet sein, um später einen großen Teil der hinter-
häuser usw. beseitigen und so eine wesentliche Auf-
lockerung und Verbesserung der bebauten Gebiete her-
beiführen zu können. Als Hauptmittel dieser Reform
schlägt Heyer eine allgemeine Abschreibung der Haus-
grundstücke durch die zu gründenden Schätungsämter,
die Einführung einer Verschuldungsgrenze, die Ablö-
sung der nachstehenden Hypotheken durch Pfandbriefe
großer Provinzialstädte u. dergl. mehr vor. Es
glaubt durch den billigeren Zinsfuß dieser Pfandbriefe
gegenüber der bisherigen Verzinsung der nachstehenden
Hypotheken und durch seine ganze Reform überhaupt
bedauerliche Ersparnisse machen zu können, daß daraus
die nötigen Tilgungs- und Abschreibungsbeträge be-
stritten werden können; außerdem will er die Erträge
einer einzuführenden Sondersteuer, insbesondere
einer Hausrentensteuer, seinem Reformwerk
dienlich machen. Ein Hauptstück dieses ganzen Re-
formplanes würde auch der sein, daß der Hausbesitz
wiederum in eine gesicherte, wenn auch bescheidene
Lage käme, die ihn für zahlreichere Zuwanderer als jetzt
wieder anziehend machen würde. Diesem Ziele sollen
übrigens auch noch einige besondere Maßregeln dienen,
auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.
Gewiß stellen sich der Durchführung eines solchen ge-
samten Planes außerordentliche Schwierigkeiten entgegen,
aber gelassen muß unbedingt auch auf diesem Gebiete
etwas, und die gegenwärtige große Reformperiode
darf keinesfalls vorbeigehen, ohne daß auch hier die
bessernde Hand angelegt wird.

Finsternis.

Es war gerade vor zehn Jahren, als in der Metro-
pole am Main eine nach Vertausenden zählende Arbeiter-
schaft in feierlicher Weise versammelt war, um
mehrere Vertreter und zwar die berühmtesten der In-
ternationale aus den verschiedensten Ländern zu em-
pfangen und zu begrüßen. Vorangegangene Rede-
bote, namentlich Quercys (England) und Jean Jaures
(Frankreich), in Berlin gaben Veranlassung, mit Nach-
druck die internationalen Beziehungen aufs neue zu be-
kräftigen und das Kleinliche jener Maßnahmen zu ver-
urteilen. Die preussische Wahlrechtsfrage war auch da-
mals mit aller Macht in Fluß gebracht und durch ge-
waltige Straßendemonstrationen in Berlin, Frankfurt

u. d. u. m. eingefleht, doch mit Macht der Internatio-
liche Geist in Preußen Veranlassung gab, dochartige In-
ternationale Massenmeetings zu ganz besonderen Wilt-
senstumbgebungen zu stampfen. In jenen Tagen hatten
die Erkenntnis sowie die Größe der Internationale
und die Verbrüderungsgedanken der Arbeiterchaft ganz
besonders einen Höhepunkt erreicht wie nie zuvor und
die gesamte Deffenlichkeit stark erfüllt. Die Sonne
der Internationale lachte ganz besonders auf die zu-
sammengeströmten Massen, als der geniale und ver-
ehrte Führer Jean Jaures sichtbar ward und ihm Ge-
legenheit gegeben war, zu deutlichen Proletariern zu
sprechen, zu sprechen in der gewaltigen Sprache. Und
gerade er, er war der befähigste und einflussreichste Ver-
treter der Internationale, der das Wand, das die Wöl-
ter verteilte und verteilte hatte, am allermeisten
und am wirksamsten zur Beseitigung zu bringen ver-
sprach. Alle jene, die Gelegenheiten hatten, den bereiten
und feurigen Ausführungen dieses Frauen und begabten
Führers zu hören, haben das Bewußtsein mit sich ge-
nommen, daß, solange wir solche Männer als Führer
haben, es nie und nimmer dazu kommen werde, daß
internationale Bewidlungen leichtfertig heraufbe-
schoren werden könnten, sondern daß es vorwärts
ginge, vorwärts in der allgemeinen Völkervereinigung
vom Kapital vorwärts mit den internationalen Be-
ziehungen der Arbeiterchaft, fern von jeglichem Chau-
vinismus. Wie hätte es auch anders sein können.
Man hätte jeden ausgelacht, der irgendwo Zweifel da-
ran hatte. Was war das für eine Arbeiterchaft, welche
starke Organisation, die wir hinter uns hatten. Die
Gewähr war dafür gegeben, daß es vorwärts ging, un-
aufhaltsam vorwärts. Mehr als vier Jahre sind ver-
strichen, als sich der politische Horizont verfinsterte.
Niemand dachte daran, konnte es nicht glauben, nicht
hoffen, daß sich Ereignisse abspielen könnten mit so nie-
derschmetternder Tragik. Nie und nimmer konnte es
dazu kommen, war doch die Internationale gefestigt,
gefestigt denn je zuvor. Die Solidarität der Arbeiter-
schaft eine unumstößliche Voraussetzung. Die Führer
gaben uns Gewähr für richtiges Handeln, vertrauens-
blicke alles auf sie. Den Völkern war der Hof fremd.
— Es ist geschehen! Einer Handvoll Männern lag es
ob, Nationen, Völker gegeneinander zu führen, die im
Wert ihres Handelns nie der Hof hätte zusammenge-
führt. Millionen wurden seitdem im Blut getränkt, Ver-
derben allen Völkern gebracht. Statt der leuchtenden
Sonne des nahenden Völkerruhms breitete sich die
Nacht des Grauens und des Völkermordes über das
europäische Gefilde. Statt Palmzweige die Brand-
fackel. Vier Jahre sind verfloßen, seit jener große
Freund des Friedens Jean Jaures durch Würdeband
zu Boden sank. Ihm war es nicht vergönnt, das Ver-
derben zu hindern, zu handeln, wie es notwendig war.
Vier Jahre gingen wir in Dämmerung, die allmählich
zur völligen Finsternis wurde, dahin. Kein Lichtstrahl
erhellte das weite Feld. Die Atmosphäre, in der wir
uns befinden und weiter zusteuern, wird geradezu un-
erträglich. Dann und wann steigt wohl eine Leucht-
fugel auf, um aber bald darauf wieder zu erlöschen.
Vergeblich hofft man auf einen Schimmer, der uns
Hoffnung einflößen könnte, der das bekommen Gefühl
unerträglich Qual von uns nehme. Keine Stimme
der Vernunft, namentlich von jenen, von denen man
es am allermeisten erwarten müßte, geht sich. Betro-
gen und in Stich gelassen mariert sich das Hirn. Diese
Situation ist schlimm, viel schlimmer als ein offener
Kampf im Völkere der wahren Segners. Birgt er auch,
Gefahr in sich, offenes und gefährdrohendes Handeln
bringt den Völkern, der entscheidende Hoffnung verspricht.
Im schweigenden Dulden und Entbehren geistiger Un-
terordnung, die Niederkämpfung jeder geistigen Tätigkeit,
liegt eine Marter, die zur Verdammnis führt. Körper-
liche und geistige Folter, wie die Zeit des Mittelalters
sie nicht grausamer erfinden könnte. Dazu das tägliche
Synopsen des kostbaren Blutes der Nation. Ist es
ein Traum, den wir erleben, oder ist es Wahrheit, die
nur dem Wahnsinn entspringen konnte? Gibt es wirk-
lich keinen Lichtstrahl, der Erlösung aus dieser Situa-
tion verpricht? Gibt es wirklich keinen Ausweg, der
uns aus dieser Qual befreit und dem völligen Ruin
und Untergang einen Riegel vorschiebt? Wir müssen
diese Fragen mit einem donnernden Ja beantworten.
Die Möglichkeit ist vorhanden, nur befreit man die
dazu notwendigen Wege nicht. Die Umstände ver-
sagen uns ein offenes Wort. Wir verzichten, müssen
verzichten und wollen durchaus nicht anmaßend sein.
Wir nehmen aber an, daß, wollen unsere gewählten
Vertreter im Parlament der Stimmung und Auffassung
der großen Masse des Volkes nur einigermaßen Rech-
nung tragen, eine Sprache gehalten werden muß, die
der Situation voll und ganz entspricht und der Ansicht
des Volkes Rechnung trägt. Es ist durchaus keine
kleinliche Maßregel und Verbretten üblen Klatsches, wo-
über man sich ganz überflüssigerweise aufregt und

